

Arbeiter-Zeitung

Alle Erwerbslosen rüsten zum Hungermarsch am Reichserwerbslosentag 19. April, für Arbeit und Brot

für Schlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 460 39. Postkonton: Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Bordorhaus). Fernsprecher 439 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—19 Uhr. — Geschäftsstand: Breslau. — Verlag: Schlesiische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 460 39.

Gogoliner Pflichtarbeiter geschlossen im Streit

Sie fordern: Tarifliche Bezahlung für geleistete Arbeit, unentgeltliche Belleferung mit Arbeitskleidung und Schuhwerk, Zahlung der alten und somit höheren Unterstützungssätze und Uebernahme der Mieten durch die Kommune — Unterstützt die Solidaritätsaktion der ZM! Schließt viel enger das Kampfbündnis der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen! — Küsst zum Reichs-Erwerbslosentag am 19. April!

Gogolin O.S., 14. April. Am Freitag, dem 1. April, traten, wie wir schon meldeten, die Randziner Pflichtarbeiter für ihre ausgesetzten Forderungen in den Streit. Dieser ausgebrochene Kampf hat unter den Pflichtarbeitern Oberschlesiens ein Echo gefunden, und am Montag, dem 11. April, traten ungefähr einhundert Pflichtarbeiter von Gogolin in den Streit, dem sich gestern weitere einhundert Pflichtarbeiter angeschlossen, so daß die Pflichtarbeiter von Gogolin restlos im Streit stehen.

Am Freitag, dem 8. April, fand unter Führung des Erwerbslosenausschusses und der R.O. früh um 9 Uhr eine gutbesuchte Pflichtarbeiterversammlung statt, in der zur Lage der Erwerbslosen und der Pflichtarbeiter Stellung genommen wurde. Die Versammlung beschloß einstimmig folgende Kampfforderungen, die am Sonntag, dem 9. April, der Gemeindebehörde überreicht worden sind:

1. Beseitigung der Pflichtarbeit und tarifliche Bezahlung aller Arbeiten, die die Gemeindebehörde ausführen läßt.
2. Beschaffung von Werkzeug für alle in Frage kommenden Arbeiter bei Durchführung kommunaler Arbeiten.
3. Unentgeltliche Ueberweisung von Arbeitskleidung und Schuhwerk.
4. Zahlung der alten Mietfürsätze der Wohlfahrtsunterstützung.
5. Uebernahme der Mieten der Erwerbslosen durch die Gemeinde.

Diese Forderungen wurden der Gemeinde mit dem Ersuchen überreicht, sofort hierzu Stellung zu nehmen und diese zu bewilligen. Sollte dies nicht geschehen, werden die Pflichtarbeiter am Montag, dem 11. April, in den Streit treten.

Der Gemeindevorsteher Kubitz lehnte die Forderungen glatzweg ab, so daß am Montag früh der Streikbeschuß wirksam wurde, dem sich inzwischen restlos alle Pflichtarbeiter angeschlossen haben, so daß kein einziger Streikbrecher zu verzeichnen ist. Die Pflichtarbeiter sollten Straßenbauten und den Wdruch eines alten Schachtfens durchführen. Die Kampfstimmung ist ausgezeichnet. Die Streikenden

versicherten, auszuharren bis zur Durchlegung ihrer Forderungen. Die Landesleitung der Internationalen Arbeiterhilfe hat sofort zum Streik Stellung genommen, und eine Unterstützungsaktion für die Streikenden ist eingeleitet worden. Die Ortsgruppe Mieschowitz der I.A.H. hat als erste für den Solidaritäts- und Kampffonds für die Streikenden 3 Mark abgeleht.

Erwerbslose Kollegen! Nehmt sofort Stellung zu diesem Streik! Kampf und solidarisiert euch mit den Streikenden durch Aufnahme eures eigenen Kampfes um Lohn und Brot. Die werktätigen Schichten müssen sofort die Solidaritätsaktion der I.A.H. auf das härteste unterstützen. Nur durch die aktive Solidarität der Arbeiter, Kleinbauern und Mittelständler wird es gelingen, den Streik siegreich zu führen. Der Reichs-Erwerbslosentag am Mittwoch, dem 19. April, ist der Tag des Kampfes aller Erwerbslosen für ihre Lebensforderungen. Die Betriebsarbeiter müssen mit ihren erwerbslosen Kameraden mit aufmarschieren für Arbeit und Brot, weil durch die kapitalistische Wohnraumbirtschaft und Krise auch sie schon morgen auf dem Straßenglatteis liegen können. Überall dort, wo Betriebsarbeiter und Erwerbslose geschlossen im Kampfe standen, überall dort hat man der herrschenden Klasse Forderungen, und wenn es nur Teilforderungen waren, abgetrotzt.

Schließt viel enger das Kampfbündnis der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen! Demonstriert am 19. April euren Kampfwillen!

„Arbeiterführer“ stellen sich vor:



Ernst Röhm

Hauptmann a. D. — Gegen ihn „Schwebel“ ein Verfahren wegen bauernder Sittlichkeitsverbrechen. Seine „Versuche, Kultur zu verbreiten“ (Brief vom 25. 9. 1929 an Dr. Heimsoth) fanden in Bolivien wenig Gegenliebe, aber er hat „nach großen Anstrengungen einigermassen Wandel geschafft“. Er kämpft für Massenreinheit, indem er mit „jungen Regern in Uniform“ (Brief vom 11. 8. 1929 an Dr. Heimsoth) schlafen geht. Röhm ist die rechte Hand Hitlers und Chef des Stabes der SA.



Gustav Noske

Organisator und Befehlshaber der weißgardistischen Freikorps, die 1918/19 die deutsche Arbeiterklasse blutig niederschlugen und Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht Viehisch ermordeten. Er sagte von sich selbst:

„Einer muß der Bluthund sein!“

Heute ist Noske, nachdem er als 1. Reichswehrminister sich um die Festhaltung der Herrschaft der Bourgeoisie hochverdient gemacht hat, ehrenwertes Mitglied der SPD. (Fortsetzung folgt.)

Die Wahlbombe Severings „geplatzt“!

SA. und SS. im ganzen Reich verboten

Das Verbot als Auftakt des Eintritts der Nazis in die Regierung

Berlin. Die gestrigen Beratungen des Reichskabinetts endeten am späten Nachmittag mit der Annahme einer Notverordnung, durch die die nationalsozialistischen Sturmabteilungen und Schutzstaffeln ab sofort verboten werden.

Es ist, bevor wir auf die tieferen Gründe dieser Maßnahme eingehen, notwendig zu betonen, daß die SA. und SS.-Führung seit Wochen und Monaten von dem geplanten Verbot in Kenntnis gesetzt war und so Gelegenheit hatte, den ganzen Apparat der SA. und SS. umzustellen.

Sturmabteilungen längst gewarnt und umgestellt

Während man noch am Tage vor dem Verbot des Roten Frontkämpferbundes die Mächt des Verbots leugnete, um am nächsten Tag mit der in allen Orten erfolgenden Vernehmung der Büros und der Beschlagnahme des Materials dem R.F.K. einen entscheidenden Schlag zu versetzen, war es bei SA. und SS. ganz anders. Ihnen ließ man lange Zeit, sich auf das Verbot vorzubereiten, und tatsächlich führten die Sturmabteilungen seit Monaten bereits eine Doppelexistenz, sind als „Volkssportverein“ und unter anderen Namen getarnt.

Gemeinsame Regierung SPD.-Hitler durch Verbot erleichtert

Hinter der Notverordnung verbergen sich hochpolitische Ursachen. Es mag paradox klingen, aber bleibt doch wahr: Die SA. ist verboten, um die Vorbedingung des Eintritts der Nazis in die Regierung zu schaffen. Frankreich, von dessen Macht jede kapitalistische Regierung Deutschlands mehr oder weniger abhängig ist, hat nichts gegen Hitler einzuwenden, besonders, seitdem er die Erfüllungszusicherungen gegenüber dem internationalen Finanzkapital eingegangen ist. Aber es traut den proletarischen Elementen in der SA. nicht und weiß, daß, wenn Hitler durch seine praktische reaktionäre Regierungspolitik den Sturmabteilungen die große Enttäuschung bereiten wird, sie rebellieren könnten.

Vor allem aber gibt die Bourgeoisie durch das Verbot ihrem sozialistischen Flügel die Möglichkeit, vor den SPD.-Arbeitern

die Einbeziehung der Nazis in die Regierung zu rechtfertigen. Vor wenigen Tagen hat Severing erst in Hamburg die Erklärung abgegeben, daß er „gar nicht abgeneigt“ wäre, mit den Nationalsozialisten in einer Koalitionsregierung zu sitzen. Jetzt sollen die SPD.-Führer in den Stand gesetzt werden, ihren Mitgliedern zu erklären, daß nach dem Verbot die Patentkreuzler ja gar nicht mehr so gefährlich seien.

Der beschlossene Eintritt Hitlers in die Regierung ist auch von höchster außenpolitischer Bedeutung. Er bedeutet die größte Verschärfung des Antihowjettismus.

Hitler ist das Verbot willkommen

Das schmutzigste Spiel in dieser Angelegenheit aber treibt Hitler selbst. Er, der den Tag gar nicht erwarten kann, wo er in die Ministerjettel gelangt, begrüßte das SA.- und SS.-Verbot. Er hat schon immer in schärfsten Konflikten mit den Sturmabteilungen gestanden, in denen eine ganze Reihe ehelicher werktätiger Elemente gegen seinen kapitalistischen Kurs rebellierten. Wir erinnern an die Stennes-Revolte im vorigen Jahr, in deren Verlauf ganze Teile der

„Ruhe und Ordnung“ wieder hergestellt!

nennt es die kapitalistische Meute, wenn sie hungernde, demonstrierende Proleten zusammenhaut!
Aber die Nationalisierten kämpfen um Arbeit!
Die hungrigen Massen um Brot!
Die geknechteten Werktätigen für die Freiheit!

**Diesen Kampf kann man nicht schlagen!
Jeder Unterdrückte muß ein Kämpfer werden!**

Die „Arbeiter-Zeitung“ ist Anker und Führer in deinem Freiheitskampf! — Sie gehört in die Wohnung eines jeden Schaffenden!

Werde noch heute Abonnent!

Mordterror soll verschärft werden

Das heißt durchaus nicht, daß etwa der Feldzug der Patentkreuzbanditen gegen die Arbeiterschaft eingestellt wird. Ganz im Gegenteil: Der Mordterror soll in den nächsten Wochen verschärft werden. Hitler wird so versuchen, die Mut der SA. und SS. auf die Arbeiterschaft abzulenkten. Er darf nicht mehr noch als bisher Schutzjule zu bieten.

Darum ist die höchste Wachsamkeit notwendig! Mit Energie gilt es schon heute, morgen und in den nächsten Tagen, den SPD.-Führern entgegenzutreten, die aus dem SA.- und SS.-Verbot eine Wahlbombe für sich machen und die in Wirklichkeit damit nur den Zeitpunkt der gemeinsamen Regierung mit Hitler, Feid und Goebbels beschleunigen wollen. Es gilt, der Demagogie der Naziführer entgegenzutreten, die einerseits das Verbot mit herbeiführten, um schneller noch ins Regierungsgeschäft zu kommen, und die andererseits das Verbot benutzen, um sich als verfolgte Gegner des Systems aufzuspielen und so ihre Anhängermassen weiter irrezuführen.

Es bleibt dabei: Nicht Hindenburg-Wröning-Groener-Severing, die ja die Nazis erst in die Reichswehr aufnahmen, sind die Feinde des Patentkreuz-Faschismus, sondern nur die kassierten Arbeiter. Auf ihnen allein ruht die Verantwortung des Kampfes gegen den Faschismus in allen seinen Spielarten. Sie müssen in Betrieben, Stempelstellen und Häuserblocks den roten Massenbewegungen organisieren und überall die Forderung erheben: Her mit der Aufhebung des R.F.K.-Verbots, durch das Severing der SA. erst die Wachstums-möglichkeiten verschaffte!

Es lebe die rote Einheitsfront unter Führung der kommunistischen Partei im Kampf gegen Hitler, Brüning, Groener und Severing!

Weil es Nazis waren!

Breslau, 14. April. Gestern hatten sich in den Abendstunden auf Grund des SA.- und SS.-Verbots die Nazis auf der Dflauer Straße und sämtlichen Zugangstrassen eingefunden. Sie demonstrierten und brüllten in den Straßen, trotz der Anwesenheit der starken Polizeikräfte. Diese gingen gegen die aufläufigen Horden recht behutsam vor. Wären es revolutionäre Arbeiter gewesen, dann wäre die Polizei in der bekannten Manier vorgegangen.

Anklage gegen Hitler!

Die Nazis gegen die Erwerbslosen:

„Die Arbeitslosenversicherung hat sich dahin ausgewirkt, daß sie von allen Arbeitsscheuen ausgenutzt wurde als eine willkommene Ausbeutungsmöglichkeit der Volksgesamtheit.“

„Der Wirtschaftsaufbau im Dritten Reich“, S. 23)

In einer Front mit der SPD kürzen die Nazis in Braunschweig den hungrigen Erwerbslosen die Unterstützungsgroschen.

Die Nazis für den Youngplan:

„Es wird Deutschland nicht schwer fallen, die Reparationen anzuerkennen und zu bezahlen. Nur muß Frankreich Deutschland gestatten, die Ausfuhr zu ermöglichen.“

(Hitler an den Korrespondenten der faschistischen italienischen Zeitung „Gazette del Popolo“.)

Am 29. Oktober 1931 brachten die Nazis gemeinsam mit der SPD den kommunistischen Antrag auf sofortige Einstellung aller Youngzahlungen zu Fall.

Die Nazis für die Notverordnungen Brüning's und Severing's:

„Ich werde keineswegs alle Notverordnungen Brüning's rückgängig machen.“

(Erklärung Hitlers am 12. März gegenüber dem amerikanischen Korrespondenten Knickerbocker.)

Großkapital finanziert Hitler:

„Ein Teil der in Gruppe Nordwest zusammengefaßten Unternehmer hat die Nationalsozialisten finanziert, jener Teil, der hofft, über Adolf Hitler und eine Inflation seine Schulden loszuwerden.“

(Erklärung Krupp von Bohlen-Halbach in Essen.)

So hat das Großkapital, deren anderer Teil die Hindenburgwahl finanzierte, zwei Eisen im Feuer: Die Nazis und die Eiserner Front!

Severing für Regierungsbeteiligung der Nazis:

„Ich wünschte, daß die Nazis eine Partei wären, die geführt wird von klaren politischen Köpfen. Wenn die Nazis das sind, dann bin ich der Ueberzeugung, daß wir der Mitarbeit der Nazis an den Regierungsgeschäften gar nicht abgeneigt gegenüberstünden.“

(Severing am 6. April in Hamburg.)

Räumt auf mit Hitler und Severing! Nur die rote Einheitsfront kann den Faschismus schlagen!

Kämpft mit den Kommunisten! Wählt Liste 4

Generalstreik in Nordwest-Böhmen

Troß Polizeiterrord Kundgebungen der Streikenden

Prag, 15. April. (Sig. Drahtber.) Der von den Konferenzen des werttätigen Volkes beschlossene Generalstreik in Nordwest-Böhmen zur Unterstützung der seit drei Wochen im Kampfe stehenden 25.000 Bergarbeiter von Brüx ist heute hundertprozentig durchgeführt worden. In Brüx, Tuz und Oberleutenstorf lag jeder Betrieb still. Die sämtlichen Haushälter und Geschäfte haben zur Demonstration ihrer Sympathie mit den Streikenden geschlossen.

Die tschechische Regierung hat gestern starke Abteilungen Militär im Erzgebirge zusammengezogen, um ihren Versammlungs- und Demonstrationenverbot zu geben. Die Streikenden haben jedoch ihre geplanten Streikmeetings in Brüx, Tuz und Teplitz-Schönanitz trotz Verbot durchgeführt. In Oberleutenstorf entwickelten sich aus gemeinsamen Kundgebungen mit dem Militär Paritätsdemonstrationen. In Brüx formierten die Streikenden drei Todeskomitees. Weitere Demonstrationen werden in Aussicht genommen. Hier demonstrieren vier- bis fünftausend Arbeiter. In Komman kam es ebenfalls zu Zusammenstößen. Auf dem Wege nach Birkau wurden ein 6000 Personen starker Zug von tschechischen Soldaten angehalten. Es kam zu Zusammenstößen, wobei Arbeiter und Soldaten verletzt wurden. In Tuz fand eine Kundgebung statt, die vollkommen ruhig verlief und an der 7000 bis 8000 Personen beteilig waren. Die Demonstrationen dauern zurzeit noch an.

Die tschechischen Arbeiter und vor allem die Bergarbeiter müssen ihren ungewissen Mannern durch eine breite Solidaritätsaktion zu Hilfe kommen. Es darf den Internationern und dem tschechischen Generalstreik nicht gelingen, die streikenden Arbeiter auszuhungern. Die von der IAD. eingeleitete Solidaritätsaktion muß von allen westeuropäischen Ländern unterstützt werden. Die tschechischen und österreichischen Bergarbeiter dürfen sich nicht mit Demütigungen begnügen, sie müssen sofort die Frage der aktiven Solidarität, die Frage des einen Kampfes um Lohn und Brot stellen. Die tschechischen Bergarbeiter erwarten von den deutschen Bergarbeitern unbedingte Solidarität.

Kiefentandgebung der KPD. im Sportsalast

Berlin, 14. April. (Sig. Drahtber.) Die kommunistische Partei hat achtzig Prozent im überfüllten Sportsalast in einer stundlangen Versammlung die Macht der Regierung ihren Willen zur neuen tschechischen Revolution. Die revolutionäre Arbeiterfront Berlins hat sich heute Abend für unüberbrückbare Zone zur kommunistischen Partei und ihre Entschlossenheit, Druck und Severing zu schlagen. Die Partei, die den Willen zu den tschechischen Kampf der Kommunisten schenken, ist tschechische Bewegung, mit der die tschechischen Arbeiter kämpfen. (Genosse Thälmann: „Vorwärts zu den revolutionären Massen!“, aufnahmen.)

Die Partei und zweitens haben die Kiefentandgebung die Aufständigung der Arbeiter, die KPD. ist geschlagen, entgegen. Um so notwendig ist es heute, daß Thälmanns Abrechnung mit den Hitler-Führern und der Preußenregierung der SPD.

2000 revolutionäre Kämpfer geben gestern Abend ihren Willen kund, die Partei der revolutionären Arbeiter und Bergarbeiter in der nächsten von Tagen in breiter außerparlamentarischer Kampfbewegung zum Erfolg und schließlich vorzuführen. Sie erklären: Die einzige antiparlamentarische und antifaunistische Partei ist die kommunistische Partei, unter ihrer Führung schlagen wir Hitler und Severing, unter ihrer Führung marschieren wir für ein rotes Preußen und freien sozialistischen Deutschland.

Hitlerbonzen „ministerreif“

München, 13. April. (Sig. Drahtber.) Hitlers Stabschef Mohr und Stabschef Dümmer sind am Dienstag der Abreise nach Berlin entgegen, wo sie von Groener und General Schleicher empfangen wurden. Trotz der Vorrede über die Auflösung der SA. und SS wurde bereits am Dienstagvormittag in der Zeit zwischen 9 und

12 Uhr im „Braunen Haus“ in München sämtliches Material der SA. und SS. unter den Augen der Kriminalpolizei weggeschafft. Am Mittwochabend um 6 Uhr hat die Reichsregierung die Auflösung der SA. und SS. verfügt. Erst nachdem diese Verfügung getroffen war, erschien im „Braunen Haus“ in München die Polizei in Stärke von drei bis vier Hundertschaften. Die Wachtposten im „Braunen Haus“ wurden nach Hause geschickt. Die Polizei ist im „Braunen Haus“ geblieben. Die Empörung der SA. und SS.-Leute über den Verrat durch ihre Führer ist ungeheuer. Überall bilden sich Diskussionsgruppen, in denen die SA. und SS.-Leute zum Ausdruck bringen, daß sie sich nicht derjenigen lassen, weil ihre Bonzen jetzt ministerreif geworden sind und keine Schützengruppen mehr brauchen. Die allgemeine Stimmung unter den SA. und SS.-Leuten wird durch solche Ausbrüche illustriert wie z. B.: „Wir haben wir ausgesagt, jetzt wollen wir unsere Herren von der grünen Polizei bewachen lassen!“ Diese Ausbrüche bestätigen nur unsere Feststellung, daß Vereinbarungen zwischen Hitler und Groener vorausgegangen sind, daß Hitler die SA. und SS. verraten hat, um die Nazis „regierungsfähig“ zu machen. In diesem ganzen Manöver haben die SPD.-Führer regen Anteil genommen.

„KPD.-Uebertritte zu Hitler“ von A bis Z erlogen!

In sensationeller Aufmachung berichtete die geistige „Volkswacht“ auf der ersten Seite zweifelsfrei, daß „in Blankenburg a. H. am Montag die meisten kommunistischen Funktionäre der dortigen Ortsgruppe den Antrag an die Nazi-Partei um Aufnahme stellten. Die Funktionäre haben die Thälmann mit offenen Armen aufgenommen.“ Die KPD. und Arbeiterpresse hat die Meldung ebenfalls gebracht.

Wir haben uns, obwohl wir nicht daran zweifeln, daß die Meldung wahr war, der Ordnung halber an unsere kommunistischen Genossen in Blankenburg gewandt. Das Resultat war selbsterhellend:

Nicht ein einziger kommunistischer Funktionär hat einen derartigen Antrag gestellt. Nicht ein einziger zu Hitler übergegangen. Die ganze Ortsgruppe Blankenburg steht, ebenso wie die übrigen Braunschweiger Parteiorganisationen, in Treue und Ehrlichkeit gegen die KPD. und treu zur kommunistischen Partei.

Uebertritte zu den Nazis sind ja das Privileg der SPD.-Führer, wie des Desdemoner Bürgermeisters Führer und des Amtshauptmannes von Mecklenburg. Gerade Braunschweig hat ja der ganzen Welt gezeigt, wer wirklich gegen die Hitler-Nazischen kämpft. Und da stellte sich sehr schnell heraus, daß die reformistischen Parteien um ihrer Position willen im Parlament einige Redensarten machen, während die Kommunisten — immer unter Sa. betrug der SPD.-Führer — praktisch in den Betrieben und auf den Straßen die wirkungsvolle proletarische Abwehr gegen die braune Nordsee organisieren.

Die SAZ. lügt weiter!

„Die SPD. der Sozialfaschismus, ist der Hauptfeind — Hitler kann sich, wenn er die Macht übernimmt, nur kurze Zeit halten, dann folgt die große Revolution, dann kommen die SAZ.-Arbeiter zu uns.“ Dieser und ähnlicher Unsinn, der von prominenten Führern der SPD. immer wieder verzast wurde, hat seine Wirkung getan.

(„SAZ.“ vom 12. März 1932.)

In unserem Leitartikel am 6. April: „Hauptfeind und Hauptgegner“ haben wir ausführlich an Hand von Zitaten aus Reden Thäl-

Parlamentarischer Kretinismus der SAZ.

Breslau. Wir entnehmen aus dem Wahlaufsatz der SAZ. zu den Preußenwahlen (SAZ. vom 12. 4. 32) folgende interessante Stellen: „Dant der Koalitionspolitik der preussischen Regierung ist es der Bourgeoisie wieder gelungen, die Macht an sich zu reißen (...), gemeint ist der 2. Wahlgang am 10. 11. ... Die kommenden Wahlen im Lande werden zur Entscheidung für das deutsche Proletariat werden. Es gilt jetzt die Wahlposition für das deutsche Proletariat vorzuführen.“

Also durch die Reichspräsidentenwahl und durch die „Koalitionspolitik der preussischen Regierung“ hat die Bourgeoisie die Macht „wieder“ an sich gerissen! Wahlen entscheiden nach der Ansicht der SAZ.-Führer das proletarische Schicksal, nicht der revolutionäre Klassenkampf! Die Altmeister des Sozialismus bezeichnen so etwas als „parlamentarischen Kretinismus“. Kein Arbeiter darf auf den Dummenjanz dieser Kretin hereinfallen! Verhärtet die Mobilisierung in Betrieb und Stempelstelle für den außerparlamentarischen Massenkampf unter leninistischer Führung! Macht die Preußenwahlen zum wichtigen Kampfbekennnis für die KPD.!

manns und Resolutionen des SA. der KPD. nachgewiesen, daß die Behauptung der „SAZ.“, die Kommunisten bezeichnen die SPD. als Hauptfeind, eine niederträchtige Lüge ist. Nichtsdestoweniger wird dieser Schwindel von der „SAZ.“ immer wieder aufgetischt. Wir lagern erneut allen Arbeitern, daß die Bourgeoisie für jeden Proletarier der Hauptfeind ist und bleibt; daß aber, um den Hauptfeind zu schlagen, der Hauptstoß gegen die Hauptkräfte der Bourgeoisie im Lager der Arbeiterklasse, das heißt gegen die SPD., geführt werden muß. Ohne die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse für den revolutionären Klassenkampf kann der Faschismus aller Schattierungen nicht geschlagen werden.

Die „SAZ.“ lügt weiter, die KPD. will Hitler an die Macht kommen lassen; dies ist die Auffassung „prominenter“ Führer der KPD. Selbsterhellend ist der erbärmliche Wels-Moment in der Redaktion der „SAZ.“, der diese Lüge verbreitet, nicht in der Lage, auch nur einen einzigen Satz anzuführen, der seine Behauptung beweisen konnte. Wir führen demgegenüber nur eine Stelle aus der Rede des Genossen Thälmann auf dem SA.-Plenum am 19. Februar 1932 an:

„Außerscharfste müssen wir unter den Massen der Arbeiterklasse gegen eine solche Fragestellung auftreten, als ob man an Stelle des heutigen Kampfes gegen die jetzige Form der Diktatur der Bourgeoisie, gegen das Brüning-Severing-System einen etwa bevorstehenden sogenannten Entscheidungskampf gegen eine Hitler-Regierung abwarten müsse.“

Nur wenn man heute den schärfsten Kampf gegen die Brüning-Severing-Politik, das heißt gegen die Politik der Diktatur der Bourgeoisie führt, kann man damit zugleich in Wirklichkeit einen ernsthaften Kampfes auch gegen Hitler und Eugenbergs durchzuführen.“

Jeder Arbeiter sieht, daß Thälmann das gerade Gegenteil von dem sagt, was die SAZ.-Führer behaupten. Mein aufständiger Proletarier kann mit Leuten gemeinsame Sache machen, die ihre Hauptaufgabe darin sehen, Hübel von Schmutz und Lüge über Lenin Partei auszugießen. Gebt den Agenten des Menschensozialismus die Quittung! Bildet unter dem Banner Lenins die stärksten rote Kampftruppe, mobilisiert die Welttätigen in Stadt und Land zu den Wahlen am 24. April für die einzige revolutionäre Arbeiterpartei, die KPD.!

Genossen! Rüstet zum roten Landsonntag am 17. April

Schwindelrezepte anstatt Arbeitsbeschaffung

„Krisenkongreß“ hinter doppeltem Polizeifordon / Gewählte Arbeiterdelegierte werden nicht zugelassen

Berlin, 13. April. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die den Krisenkongreß einberufen haben, um den Arbeitern vorzutäuschen, daß sie um Arbeitsbeschaffung kämpfen, haben den Tagungsort in den Reichstag, in die Panzerhalle, verlegt. Diese Sicherung vor der Stimme der hungernden Arbeitermassen genügt ihnen aber noch nicht. Der sozialdemokratische Berliner Polizeipräsident Erzgenstl ließ mit ungeheurem Polizeiaufgebot einen Absperrungsordon um den Reichstag ziehen. Die Absperrung ist schärfer als an den sogenannten „großen Tagen“ des Reichstages. Na selbst um den Plenarsitzungsaal des Reichstages, in den sich die ADGB-Führer verfrachten haben, war nochmals vollständig abgesperrt durch Reichstagsbeamte und politische Polizei. Der Reichstagspräsident Loh hatte außerdem die Anweisung gegeben, daß während der Tagung des Krisenkongresses kein Reichstagsabgeordneter im Reichstag mit einem Wähler sprechen dürfe, außer Reichstagsabgeordneten, den Gewerkschaftsführern und den von ihnen mit Ausweisen ausgestatteten Gästen konnte niemand in das Reichstagsgebäude gelangen. Die kommunistische Presse war zu dem Kongreß nicht zugelassen, trotzdem sind wir in der Lage, einen Bericht zu geben. Was da zusammenkam, das waren die alten Delegierten des Frankfurter Gewerkschaftskongresses, die sich aber zu Unrecht Delegierte nennen, denn sie wurden weder zum Frankfurter Gewerkschaftskongreß noch zu diesem Krisenkongreß von den Gewerkschaftsmitgliedern gewählt.

Die zahlreich in Berlin eingetroffenen wirklichen gewählten Delegierten der gewerkschaftlichen Mitgliedermassen wurden nicht zugelassen.

Nach Eröffnung des Kongresses verzichtete man auf die Kommode einer neuen Wahl des Präsidiums, das Präsidium des Frankfurter Gewerkschaftskongresses amtierte wieder.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer hatten beabsichtigt, nach dem Kongreß den Arbeitern zu sagen, daß der Reichstagskongreß selbst ganz bestimmte Versprechungen auf Arbeitsbeschaffung gemacht habe. Deshalb hatten sie Brüning eingeladen. Brüning sagte aber ab und befandete damit in aller Öffentlichkeit, wie er diese ADGB-Führer einsetzt. Brüning weiß, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die bisher jeder Notverordnung zugestimmt haben und die mit allen Kräfte beim Abbau der Löhne und der sozialen Unterstützungen mithalfen, auch den neugeplanten Lohn- und Unterstützungsabbau mit durchführen werden. Brüning hat es nicht nötig, vor diesem Kongreß irgendwelche Versprechungen zu machen, er ist der vollen Unterstützung der SPD-Führer sicher. In Brünings Stelle erschien Stegerwald, der sich bekanntlich schon vor einigen Wochen auf die Durchführung eines neuen Lohnabbaues, den Abbau der Arbeitslosenversicherung festgelegt hat und der sich öffentlich gegen die von den ADGB-Führern vorgebrachten „Arbeitsbeschaffungsvorschläge“ ausgesprochen hat.

Diese „Arbeitsbeschaffungsvorschläge“ der ADGB-Führer sind nichts als eine Verhöhnung des werktätigen Volkes. Es ist unerhört, daß die ADGB-Führer Tausende von Mark Mitgliederbeiträge der Arbeiter verschwenden, um so erbärmliche und lächerliche Vorschläge zu verkleiden.

In der angenommenen Resolution des „Krisen-Kongresses“ steht nichts anderes als die Bitte an die Reichsregierung, sogenannte zusätzliche Arbeiten in die Wege zu leiten. In der Entschließung wird gesagt, der Kongreß verkenne nicht die Schwierigkeiten, die der Finanzierung der Arbeiten entgegenstehen. Es wird aber nicht etwa der Abbau des ungeheuren Reichswehr- und Polizeibudgets gefordert, es wird nicht etwa eine Millionärsteuer vorgeschlagen, sondern neben der Bitte, einen Teil der Reichsfluchtsteuer und der Hauszinssteuer zur Arbeitsbeschaffung zu verwenden, wird die Aufnahme einer „vollständigen Arbeitsbeschaffungsanleihe“ vorgeschlagen. Damit will man dem werktätigen Volk die angeblich aufgeschickten Gelder aus den „Sparstrümpfen“ ziehen, was geradezu ein Sahn auf die Not der werktätigen Massen ist.

Vielleicht sollen gar noch die Arbeitslosen selbst diese Anleihe zeichnen? Zunächst sollen die Banken die Anleihepapiere annehmen und dafür Mittel zur Arbeitsbeschaffung vorstücken. Dieser Vorschlag ist bereits im Reichswirtschaftsrat besprochen und abgelehnt worden, da die Banken, die selbst Hunderte von Millionen aus der Reichskasse beanspruchen, eine solche Belastung nicht übernehmen könnten. Das Gutachten des Reichswirtschaftsrats, das diese Ablehnung enthält, ist von den Vertretern der ADGB-Bürokratie mit angenommen worden. Es ist frecher politischer Betrug, wenn die ADGB-Bürokratie trotzdem dieses Heilmittel, das Kernstück ihres ganzen „Arbeitsbeschaffungsprogramms“, vorschlägt. Die ganze Resolution des „Krisenkongresses“ kann dahingehend zusammengefaßt werden, daß man den breiten Massen verlogene Versprechungen macht, daß aber keine Arbeitsmöglichkeit geschaffen wird, und daß die Schuld daran zu guter Letzt dem notleidenden werktätigen Volk selbst zugeschrieben werden soll.

Dementiierend war die Eröffnungsrede Leivarts. Leivart

erklärte, daß es notwendig sei, die Radikalisierung der breiten Massen aufzuhalten. Dabei wagt er zu behaupten, die Gewerkschaften hätten die Abbaupolitik der Reichsregierung „entschieden bekämpft“. Dieser Kampf sieht so aus, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer allen Notverordnungen zugestimmt haben und daß sie dort, wo die Arbeiter gegen den Lohnabbau kämpften, den Streikbruch organisierten. Leivart charakterisierte den Zweck des „Krisenkongresses“ mit folgenden Worten:

„Die Disziplin und die moralische Kraft der Arbeiterschaft verdient die höchste Achtung und Bewunderung... Noch hofft die Masse der organisierten Arbeiter darauf, daß es den Gewerkschaften mit Hilfe des Staates, mit Hilfe der Reichsregierung gelingt, dem Massenelend zu steuern, die Krise durch Arbeitsbeschaffung zu lindern, eine Belebung der Wirtschaft anzubahnen. Soll dieses Vertrauen auch noch zerstört werden? Das darf nicht sein, nicht um der Gewerkschaften, sondern um des Staates und des Volkes willen.“

Unter den Arbeitern soll also die Hoffnung aufrechterhalten werden, daß der kapitalistische Staat Arbeit und Brot schaffen werde, damit sollen die Massen abgehalten werden vom Kampf um ihre Forderungen, damit sollen sie bei den Wahlen für die Brüning-Parteien eingefangen werden.

Aber selbst das Referat Eggert's über die Arbeitsbeschaffung ist geeignet, alle Illusionen zu zerstören. Eggert führte aus: „Die Arbeitsbeschaffung muß sich daher in den durch die finanziellen Verhältnisse Deutschlands gezogenen Grenzen halten und die Arbeiten müssen volkswirtschaftlich rentabel sein, d. h. Werte schaffen, deren Ertrag eine Rückzahlung der aufgewandten Kosten ermöglicht.“

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, sind als besonders geeignet für die Arbeitsbeschaffung folgende Arbeiten anzusehen:

1. Die Erhaltung und Verbesserung des Straßennetzes;
2. Arbeiten zum Schutze gegen Hochwassergefahren;
3. der Kleinwohnungsbau;
4. die Hausreparaturen;
5. Aufträge der Reichsbahn;
6. Aufträge der Reichspost;
7. zweckmäßige Siedlungsarbeiten;
8. landwirtschaftliche Meliorationen.

Stegerwald stellte in seiner Rede keinerlei Gelder zur Arbeitsbeschaffung in Aussicht

Gegenüber einer Inflation sei Nichtstun das „kleinere Übel“. Man müsse den „Arbeitslosen“ ausbauen. Es sei kein Ausbau der Rentenversicherung mehr möglich, man müsse den Rentenbeziehern ein Stückchen Land zuweisen, durch dessen Bebauung sie sich einen Naturalzuschuß zur Rente beschaffen. Es sei noch eine Angleichung der Löhne (Abbau! Der Berichterstatter) notwendig.

Der Hinweis Eggerts auf die Milliarden, die die Brüning-Regierung den Kapitalisten gegeben hat, verächtlich nur die Anklage des werktätigen Volkes gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer. Was die Großkapitalisten erhielten, das ist den arbeitenden Massen durch Lohn- und Unterstützungsabbau abgenommen worden und die ADGB-Führer haben dabei den Kapitalisten geholfen.

Wäge darum kein Arbeiter sich von den ADGB-Führern auf neue Betrüger lassen! Der „Krisenkongreß“ ist nichts als ein Betrugsmanöver, ein Wahlmanöver der Führer der „Eisernen Front“.

Die kapitalistische Gesellschaft denkt nicht daran, den Arbeitslosen Arbeitsmöglichkeit zu geben.

Wir sagen den Arbeitermassen, daß der kapitalistischen Ausbeuterklasse gegenüber nur durch den schärfsten Kampf etwas erreicht werden kann. In den Arbeitsbeschaffungsvorschlägen der SPD, die die Forderungen des 7-Stunden-Tages bei vollem Lohnausgleich, Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung und die Gewährung der Unterstützung für die gesamte Dauer der Erwerbslosigkeit, Rückgängigmachung des Lohn- und Unterstützungsabbaus, Durchführung eines großzügigen Bauprogramms von Arbeiterwohnungen und weitere wichtige Forderungen enthalten, wird die Streichung der Ausgaben für Reichswehr und Polizei, Streichung der Millionenentschädigungen und Abschindungen der Fürsten, Einstellung der Tributzahlungen, Erhebung einer Millionärsteuer gefordert. Die SPD und KPD. sagen aber gleichzeitig, daß auch die kleinsten Tages-

Etwa eine Million Arbeitskräfte sollen auf die Dauer eines Jahres bei diesen Arbeiten zusätzlich beschäftigt werden, wofür ein Gesamtaufwand von rund 2 Milliarden Mark erforderlich wäre.

Die Begrenzung auf eine Million Arbeitskräfte, auf die Zeitdauer eines Jahres, auf 2 Milliarden Gesamtaufwand ist keine willkürliche. Sie ist gegeben durch die Gesamterhältnisse der Volkswirtschaft, in deren Rahmen sich die Arbeitsbeschaffung selbstverständlich bewegen muß.

Schon ein Blick auf die Art der vorgeschlagenen Arbeiten zeigt, daß keineswegs Arbeitslosigkeit für die breiten proletarischen Massen in Frage kommt. Was die Aufträge der Reichspost und der Reichsbahn anbelangt, so ist festzustellen, daß die regulären Aufträge in letzter Zeit systematisch immer mehr eingeschränkt worden sind und daß Reichsbahn und Reichspost immer noch ununterbrochen Massenentlassungen vornehmen.

Es ist also einfach politischer Betrug, wenn Eggert daraufhin Arbeitsbeschaffung verspricht.

Das Tollste ist, daß Eggert das Gutachten des Reichswirtschaftsrats ausdrücklich billigt, obwohl gerade in diesem Gutachten erklärt wird, daß kein Geld für Arbeitsbeschaffung da ist. Eggert wies im Laufe seiner Ausführungen selbst darauf hin, daß an die Unternehmer unüberschaubare Subventionen gegeben worden sind. Die Sanierung der Banken aus öffentlichen Mitteln habe fast eine Milliarde erfordert, die Dithlie von 1930 80 Millionen, die Dithlie von 1931 90 Millionen, durch die Preisüberhöhungen durch Zölle, denen die SPD-Führer zugestimmt haben, hätten die werktätigen Massen im Wirtschaftsjahr 1931/32 2 Milliarden Reichsmark verloren, der Hausbesitz habe durch den Abbau der Hauszinssteuer große Bergünstigungen erhalten. Darum sollen die Regierungen doch auch jetzt die ADGB-Führer bei dieser „Arbeitsbeschaffungssaktion“ unterstützen.

Forderungen der Betriebstätigen und Arbeitslosen nur im Kampf durchgesetzt werden können. Notwendig ist es, unter Führung der KPD, und KPD die breiteste Einheitsfront des Kampfes herzustellen, in jedem Betrieb, an jeder Stempelstelle den Kampf vorzubereiten und aufzunehmen.

Der Reichs-Erwerbslosentag am 19. April

muß im Zeichen der kämpfenden roten Einheitsfront, das Bündnis der Betriebstätigen und Arbeitslosen stehen. Bei den Wahlen in den Ländern gilt es, den Willen zum Kampf, den Willen zur Herstellung der roten Einheitsfront, den Willen zur Erkämpfung des sozialistischen Auswegs aus dem kapitalistischen Elend durch Abstimmung für die kommunistischen Listen zu demonstrieren.

In Preußen entfallen an Ausgaben PRO KOPF FÜR:

JUSTIZ 11,17 RM

POLIZEI 10,94 RM

WOHLFAHRT 0,92 RM

**Koche besser!
Koche billiger!
verlange gratis das
Sanella Kochbuch**

Über alle deutschen Sender: Jeden Freitag vormittag Sanne und Ella plaudern im Radio

Sanella MARGARINE

VON DER MARGARINE-VERKAUFS-UNION, ABTEILUNG KOCHBUCH, BERLIN C2, BURGSTR. 24

Rund um den Erdball

Der Schimmerwerfer

„Wir bauen auf die Vergeßlichkeit“

Programm und Wirklichkeit — Einfach nicht zu erkennen

Wie verhält sich das, was die Sozialdemokraten vor den Wahlen versprochen, zu dem, was sie in Wirklichkeit tun? Ich will auch noch eine kleine Anekdote erzählen.

Habt ihr schon gehört, — kommt einmal Franz zu seinem Stammtisch herein — habt ihr schon gehört, daß Kurt in der Lotterie 100 000 Mark gewonnen hat?

Das stimmt nicht ganz, bemerkte einer vom Stammtisch. Der Fall ist mir genau bekannt. Erstens ist es nicht Kurt, sondern der Herrbert, zweitens hat er gar nicht in der Lotterie gespielt, und drittens hat sein Los gar nicht gewonnen.

★
No alles stimmt bis auf eine „Kleinigkeit“. Erstens hat er nicht gespielt, zweitens hat er nicht gewonnen, drittens ist es gar nicht er, sondern ein anderer. So verhält es sich mit den sozialdemokratischen Wahlversprechungen. Sie stimmen alle bis auf eine „Kleinigkeit“, nämlich, daß keiner von den Führern daran denkt, diese Versprechungen durchzuführen, daß jedes Versprechen vor der Wahl nach der Wahl ins Umgekehrte sich verwandelt. Man denke da z. B. an das große Versprechen im Jahre 1925: Kindererziehung statt Panzerkreuzer. Und nach der Wahl ist daraus geworden: Panzerkreuzer statt Kindererziehung. Also das gleiche, nur um eine „Kleinigkeit“ verändert.

★
Mein Nachbar ist ein sozialdemokratischer Bonze. Er spricht mit mir offen und zünftig. Vor der Präsidentenwahl war er deprimiert. Ich fürchte, sagte er, diesmal geht's uns ernst an den Krügen. Die Nazis haben verhandelt, unsere Versprechungen zu überbieten.

Am Abend nach der Wahl kam er triumphierend zu mir herangejagt.

„Nun, was sagen Sie jetzt?“

„Wozu denn?“

Ich meine zum Ausgang der Wahlen. Wir Sozialdemokraten haben einen glänzenden Sieg errödet. Wenn ich offen sein soll, bin ich über die Vergeßlichkeit der Massen. Ja, es ist einfach ein Glück, daß das menschliche Hirn so beschaffen ist, daß sich die Tatsachen, die man erlebt, nicht aufhäufen und jedem jederzeit in Erinnerung sind. Das ist natürlich besonders für die Nazis ein Glück. Stellen Sie sich vor, wie die Nazis heute ausschauen würden, wenn man daran denken würde, was sie früher einmal versprochen haben, wie sie früher zu reden pflegten und wie sie heute sprechen. Aber man muß schon sagen: sie haben Mut. Sie versprechen einfach das Blaue vom Himmel. Sie verlassen sich darauf, daß man später an das, was sie versprochen haben, nicht erinnert. Vor dem Kriege habe ich einen Abgeordneten gekannt, der immer zu sagen pflegte: „Mein

Prinzip besteht darin, vor den Wahlen den Wählern sozial als möglich zu versprechen und nach den Wahlen niemanden wiederzuerkennen.“

„Und wie machen es die Sozialdemokraten?“

„Warum sollten wir von den Gegnern nicht lernen? Im Moment, wo wir erkannt haben, daß man mit leeren Versprechungen wirken kann, warum sollten wir uns das entgegen lassen? Ich sage es Ihnen offen: die Massen wollen leere Versprechungen und nichts anderes. Vor den Wahlen muß man Schlager bringen. Wir stellen einfach die Behauptung auf, die Kommunisten sind für Hitler. Bevor ihr das Gegenteil beweist, sind diese Argumente in breite Schichten eingedrungen und die Massen sind so für uns gewonnen. Ja, man muß es verstehen, an die Massen heranzutreten. Und warum sollen wir nicht einfach alles versprechen? Hat Hitler nicht mit leeren Versprechungen mehr als 13 Millionen Stimmen auf seine Liste vereinigt? Wer wird uns morgen zur Verantwortung ziehen, wenn wir das nicht durchführen, was wir versprochen haben? Und bis zur nächsten Wahl sind ja noch vier Jahre.“

★
Den Kleinbürger kann man mit leeren Versprechungen einlagern. Der Klassenbewußte Arbeiter muß sich die Tatsachen der letzten Jahre in Erinnerung rufen, muß die Parteien danach beurteilen, was sie versprochen und was sie gehalten haben. Die kommunistische Partei macht keine leeren Versprechungen. Sie wagt auf die Tatsache der Sowjetunion hin. Dort gibt es Arbeit und Brot, dort gibt es keine Krise und keine Arbeitslosigkeit. Wer nicht leeren Worten auslügen will, der stellt sich unter die Führung der kommunistischen Partei.

Vulkane und Erdbeben Zehntausende in Erstickengefahr



Der 6096 Meter hohe Vulkan San José de Maipo.

Buenos Aires, 13. April. Der Ascheregen über dem ganzen von den Vulkanausbrüchen betroffenen südamerikanischen Gebiet hat aufgehört und einem dichten Nebel Platz gemacht. Die Temperaturen sind ungewöhnlich niedrig, die Luft ist stark von schwefeligen Gasen durchtränkt und rötliche Wolken bedecken den Himmel. Die prophezeigte Erdbebenwelle hat eingeleitet und am stärksten Chile in seiner ganzen Ausdehnung betroffen.

Ob die Vulkanausbrüche in den höher gelegenen Gebieten Menschenleben gefordert haben, ist noch unbekannt. Dagegen befindet sich die Bevölkerung des Südwestens der Mendoza-Provinz in fürchterlicher Gefahr, an den Schwefelgasen zu ersticken. 50 000 Menschen haufen im Freien, und man befürchtet das Schlimmste.

Zu all den Katastrophen kommt noch, daß in vielen Ortschaften das Wasser untrinkbar geworden ist.

Die großen Viehherden auf den Ranchos sind vollkommen zerprengt und die Tiere rasen in wildem Schrecken über die Steppe. Da der Ascheregen auch die Weiden bedeckt, können die Tiere kein Frischfutter bekommen und man fürchtet ein Massensterben.

Nach den neuesten Beobachtungen dürften die Eruptionen noch andauern und möglicherweise zu einem neuen gewaltigen Ausbruch der Vulkane führen.

Aus Naturwissenschaft und Heilkunde

Giftige Berufe

Die Gefahren für den Arbeiter

Seitdem die organische Chemie, also der Teil der Chemie, der sich mit den Kohlenstoffverbindungen beschäftigt, eine immer überragendere Stellung in der gesamten Industrie einnimmt, haben sich in vielen Berufen Gefahren eingestellt, die bislang dort nicht bekannt waren. Ganz neue Erkrankungen treten auf und verlangen ganz neue Behandlungsarten, heilsam, wenn sie sich häufen, nach schmerzhaften Abhilfe. Dazu gehört zu allererst genaue Kenntnis der Krankheit selbst, ihres Verlaufes und vor allem ihrer Ursache.

Und hier taucht die medizinische Wissenschaft noch fast im Dunkeln. Wenn auch in manchen Punkten schon Klarheit besteht, so ist die Zahl der Erkrankungsfälle häufig doch noch so gering, daß bindende Schlüsse daraus noch nicht gezogen werden können. Am bekanntesten ist noch von diesen modernen gewerblichen Vergiftungen die Benzol- und Benzolvergiftung. Handelt es sich doch hierbei meist um die Wirkung des gefährlichen Kohlenoxydgases. Dieses ist in den verschiedenen Gasgemischen enthalten, so im Leuchtgas zu sechs bis zehn Prozent, bei der Teerergewinnung in den Abgasen bis zu 60 Prozent, bei der Holzdestillation bis zu 10 Prozent, bei Explosionsgasen des Schießpulvers bis zu 30 Prozent. In schlecht gelüfteten, geschlossenen Räumen kann es, vor allem bei mangelhafter Funktion der Abzugrohre bis zu 60 Prozent enthalten sein. In so kleinen Mengen wird es im allgemeinen nur Kopfschmerzen, Müdigkeit, Kopfschmerzen und Brechreiz verursachen.

Wiel gefährlicher ist es, wenn, wie das vor allem in der letzten Zeit häufiger vorgekommen ist, von Chauffeuren oder Monteuren, die in einer geschlossenen Halle bei laufendem Motor arbeiten, die Verbrennungsgase des Benzins und Benzol-Gemisches eingeatmet werden. Diese enthalten 25 bis 30 Prozent Kohlenoxyd. Das Einatmen eines solchen Gasgemisches führt schon nach kurzer Zeit zum Tode. Das Kohlenoxydgas klammert sich an den roten Blutfarbstoff mit einer 250mal härteren Kraft als der Sauerstoff. Das Blut verliert die Fähigkeit, den Körper mit frischem Sauerstoff zu versorgen: ein typischer Erstickungstod ist die Folge.

Von ganz besonderer Bedeutung für die Verbreitung der modernen Gewerbekrankheiten ist die Haut, die ja einen Teil der Atmung durchzuführen hat. Gifte können also nicht nur durch den Magen-Darmlanal oder durch die Lungen in den Blutkreislauf gelangen, sondern auch durch die Haut. Diese Tatsache spielt bei der Überempfindlichkeit der meisten Menschen gegen gewisse Gifte, vor allem aus der Benzolreihe, eine große Rolle. Hier sind es in erster Linie die nitrirten Benzole, also das so gefürchtete Nitrobenzol, das als „Mirbanol“ in der Parfümerieindustrie Verwendung findet. Ein bis zwei Tropfen dieser aus dem Benzol durch Destillation mit Schwefel- und Salpetersäure gewonnenen Substanz bewirken, auf die Haut gebracht, den sofortigen Tod.

Das Nitrobenzol ist die Vorstufe des Amidobenzols, das im täglichen Leben als „Anilin“ bekannt ist. Die Anilinverarbeitung ist ja heute einer der wichtigsten Zweige der chemischen Industrie geworden. Anilin wird nicht nur zur Herstellung von Farben verwendet, sondern es findet in der gesamten pharmazeutischen Industrie, in der Parfümerie, Seifen-, Schuhcreme-, Zellulose-, photographischen, Schallplattenindustrie Verwendung und wird zur Herstellung von Sprengstoffen und unverbrennbaren Gasen gebraucht.

All die verschiedenen, der Anilinreihe zuzurechnenden chemischen Stoffe haben die gleiche Eigenschaft: sie sind ganz besonders gefährliche Mutgifte. Sie verändern den Blutfarbstoff ähnlich wie das Kohlenoxyd. Je nach der Schwere der chronischen Vergiftung — denn um eine solche wird es sich ja meist handeln — kommt es zunächst zu Schwindel, Appetitlosigkeit, Kopfschmerzen. Das Blut ist seiner Aufgabe, die Atmung zu bewerkstelligen, nicht mehr gewachsen. Es kommt zu Sauerstoffmangel im Gewebe, der sich äußerlich als „Blaujucht“ anzeigt. Dieses Stadium der Erkrankung ist als Anilinisismus bekannt. Leichtere Grade werden in Anlehnung an ähnliche Erscheinungen im Tierreich von den Arbeitern als „Anilinpips“ bezeichnet. Hierbei steht die nervöse Unruhe, der dauernde Erregungszustand der Kranken im Vordergrund.

Die Benzol- und Anilinvergiftungen sind gegenwärtig von allen modernen chemischen Vergiftungen am besten erforscht. Einerseits, weil sie ihrer Ausdehnung nach die größte Bedeutung haben, andererseits, weil es sich um Gifte handelt, die schon seit längerer Zeit bekannt sind und deren Wirkungen seit Jahren beobachtet werden. Es wäre also demnach anzunehmen, daß es mit Leichtigkeit gelingen müßte, die durch die Erforschung dieser Vergiftungen gewonnenen Erfahrungen nutzbringend zur Vorbeugung anzuwenden, um Leben und Gesundheit der in diesen Industrien beschäftigten Arbeiter zu schützen. Das aber ist eben der Widerstand der gesamten bürgerlichen Wissenschaft im kapitalistischen Staat überhaupt. Auf Grund der Fortschritt werden fast ausschließlich Mittel zur Heilung bereits eingetretener Erkrankungen angegeben, der Vorbeugung wird aber eine weit geringere Bedeutung beigemessen. Und wo dies einmal in einem größeren Ausmaße geschieht, da verstehen die Unternehmer im Verein mit dem ihnen willfährigen Staatsapparat die Anbringung notwendiger Arbeitergesundheitsmaßnahmen zu verhindern. Die „Rentabilität des Betriebes“ ist das bei diesen Gelegenheiten immer herbeigezogene Schlagwort, wenn es gilt, auch nur geringfügige Ausgaben im Interesse des Wohlergehens zu machen.

Dr. Swienty

Vom Wachtposten erschossen

W. Würzburg, 13. April. Der Obergefreite Hans Richter kam in der Dienstagnacht zu spät vom Urlaub zurück. Er wollte über die Mauer der Kaserne klettern und wurde dabei von dem Posten der Maschinengewehrkompanie angerufen. Als er nach wiederholtem Ausruf nicht antwortete, gab der Posten, der annahm, daß es sich um einen Einbruchversuch handelte, seiner Dienstvorschrift entsprechend, Feuer. Richter wurde auf der Stelle getötet.

Selbstmord einer dreiköpfigen Familie

Der Gehilfenführer Kaller der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Seehausen (Kreis Wandsbeck), seine Ehefrau und das zwölftjährige Tochterchen wurden in ihrer Wohnung mit Leuchtgas vergiftet: der aufgefunden. Es liegt ungewiss, ob Selbstmord vor der Morde dinsten darin zu suchen sein, daß sich in der Kassenführung Kallers Verfehlungen herausgestellt hatten.

In der Waschküche verbrannt

In einer Waschküche des Hauses Dorfstraße 11 in Marienfelde brach ein Brand aus. Bei der Löschung des Feuers fand man die völlig verkohlte Leiche der 43jährigen Ehefrau Maria Donath. Es wird Selbstmord angenommen, da Frau D. schon vor einiger Zeit einen detektivartigen Besuch unternahm. Wahrscheinlich hat sich die Frau mit einer leicht brennbaren Flüssigkeit übergoßen und sich dann selbst angezündet.

Noch immer Hochwasser der Theiß

Das Hochwasser der Oberen Theiß hat, wie aus Budapest gemeldet wird, noch immer nicht seinen höchsten Stand erreicht. Die Bewohner der gefährdeten Ortschaften kampieren die ganze Nacht hindurch im Freien. Allein in dem Dorfe Tokai wurden über 270 Wohnhäuser überflutet. In Hejostur blieben von 125 Häusern nur 24 verschont, 20 Häuser sind bereits eingestürzt.

Schiffsuntergung bei den Philippinen

In schwerem Sturm ging ein kleines Schiff auf der Höhe der Insel Batan unter. Von der 25 Mann starken Besatzung werden 19 vermisst.

Der „humane“ Strafvollzug in Severing-Preußen

Offene Anfrage an den Strafvollzugs-Präsidenten — Im Oelzer Gefängnis Zustände wie in Polen

Breslau. Wie schon in der „Arbeiter-Zeitung“ schon oftmals darauf hingewiesen, wie das Parlament und die Justiz der deutschen Demokratie durch die menschenverachtende und die menschenverachtende Strafvollzugs- und Justizverwaltung aufrecht zu erhalten bemüht ist, haben auf die Zustände in den Gefängnissen und Justizvollzugsanstalten, die wir in allen, auch in den besetzten Ostgebieten, festgestellt haben. Heute sind wir in der Lage, weitere Beispiele aus den Oelzer Gefängnis der Arbeiter-Zeitung zu entnehmen. Heute, mit dem Vertretersmannschaft

Im Gefängnis in Oels

Das Oelzer Gefängnis ist ein Strafvollzugsanstalt und zwar ein Strafvollzugsanstalt, der in der Strafvollzugsverwaltung der Provinz Preußen steht. Die Strafvollzugsverwaltung der Provinz Preußen wird von der höheren Justizverwaltung der Provinz Preußen geleitet. Heute sind wir in der Lage, weitere Beispiele aus den Oelzer Gefängnis der Arbeiter-Zeitung zu entnehmen. Heute, mit dem Vertretersmannschaft

Die Strafvollzugsverwaltung der Provinz Preußen wird von der höheren Justizverwaltung der Provinz Preußen geleitet. Heute sind wir in der Lage, weitere Beispiele aus den Oelzer Gefängnis der Arbeiter-Zeitung zu entnehmen. Heute, mit dem Vertretersmannschaft

Wer trägt die Schuld an diesem Tode

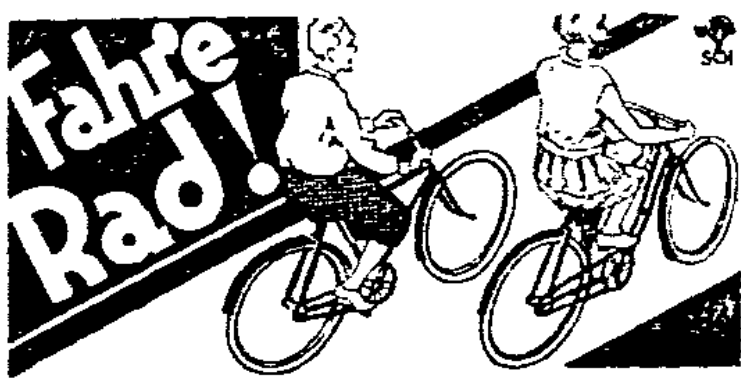
Am 12. April 1932, früh 9.45 Uhr, starb nach langen, schwerem Leiden unsere inngeliebte Gattin, unsere gute Mutter, Schwiegermutter, Schwägerin und Großmutter

Marie Mergner geb. Matzner

im 58. Lebensjahr.
Wir werden ihr stets ein ehrendes Andenken bewahren.
Breslau, den 14. April 1932
Laurentiusstraße 25
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Einäscherung findet Freitag, vormittags 11 Uhr, im Krematorium Gräbschen statt.

Sonder-Preis

Breslau-Markthalle
Kind- und Schmeinegeschäft
E. Heide
Rittermarkthalle stand 28 14564
Clegeln, Mittelstr. 32 u. Goldberger Str. 41



Fahre Rad!
Es ist billiger als die Straßenbahn

Aber nur erprobte Qualitäts-Räder ersparen Aerger und Verdrub
Daher wähle die Marken:

Miele	Wittler	NSU	Adler
Presto	Herkules	Gritznor	Teba
Brennabor	Expres	Wanderer	Därrkopp
Möwe	Triumph	Viktoria	Orig.Hähnel.
Diamant	Orkan	Göricke	Corvette
Germania			

ausgestattet mit der hervorragenden Torpedo-, Astoria- oder NSU-Freilaufnabe und der erstklassigen Dunlop-Bereifung. Die langlebige Berko- oder Impox-Beleuchtung ermöglicht sichere Benutzung des Rades auch bei Dunkelheit. Besichtigen Sie bei Ihrem Händler auch die Motor-Fahrräder mit dem bewährten Fichtel & Sachs-Motor

Herzberg & Co.

Höfchenstraße 48 Blücherplatz 17
Leuthenstraße 10 Klosterstraße 64
Selenkestraße 17 Michaelisstr. 3
Frankfurter Str. 103, geg. d. Schlachthof

Bieten an vom Faß:

Breslauer	25%	= 2.00
Breslauer	32%	= 2.65
Weinbrand-Verschnitt	38%	= 3.45
Weinbrand echt	38%	= 4.40
Garantiert aus reinem franz. Wein		
Jam.-Rum-Verschnitt		3.60

Weine u. Obstweine v. Faß

Apfelwein süß	per Liter	0.80
Heidelbeerwein süß	" "	0.75
Johannisbeerwein süß	" "	0.75
Rheinwein	" "	0.85
Muskateller	" "	1.00
Deutscher Wermutwein	" "	0.80
Tarragona	" "	1.20
Malaga	" "	1.30
Süden ungar. Dessertwein	" "	1.50
98° Prima Spirit	" "	7.00
Gebirgshimbeersaft	per Liter	1.20

Tafel-Liköre einschl. Flasche
Meisterwerke der Destillierkunst
Curaçao, Goldwasser, Blutorange,
Crème de Cacao, Stonsdorfer, Atlasch,
Pfefferminz, Rose, Praline, Serru,
Brandu, Koriander, Magen, Halb und
Halb etc.
30% Mk. 3.10 35% Mk. 3.60

Sagan

Kunella-Gold
mit den wertvollen
Kunella-Bons
gibt es nur in den
Kunella-Butterhandlungen

Lichtspieltheater

Achtung!
Genossen und Genossinnen!
Besucht nur die
Lichtspieltheater
welche bei uns ihren Spielplan bekanntgeben
Halte Disziplin!

Und weiter, wie steht es denn damit:

Der „Hausvater“ gibt ausrangierte Wäsche und Schuhe immer wieder als „neue“ Wäsche u. dgl. heraus. Wo kommt denn das her? jährliche Zeug Franz Krawczyk, Taggart, Huber, man hat noch viele andere, die wir namhaft machen könnten, wüßten Weisheit.

Bei jeder Gelegenheit hebt der Vorsteher die Not des „Vaterlandes“ hervor. Aber dessen ungeachtet fährt er seinen in dem „notleidenden Vaterland“ erworbenen 2 1/2 Zentner Scherwaden ins Ausland zu verkaufen, und rühmt sich, seine deutschen Reptel zu essen, da sie ihm zu gewöhnlich sind. Gelegentlich schnarcht er auch, wie: „Wenn ich Kommandeur im Kriege gewesen wäre, hätten wir den Krieg nicht verloren.“ Meist schadet, daß der Mann schon 65 Jahre alt ist.

Die Anstalt Wirtschaft überweist nach Oels einen gebornen Koch für die Küche. Der Vorsteher aber läßt diesen Mann unbefähigt und beschäftigt in der Küche einen Dominiararbeiter, und warum? Vielleicht kann auch hierzu der Strafvollzugspräsident Antwort geben. Wie man versteht, Geschäfte zu machen, geht aus folgendem Beispiel hervor. Eine gewöhnliche Fahrbombe kostet in der Anstalt 9.90 Mark, Notverordnungspreis. Diesen Betrag hat man mit dafür abgezogen, und die Anstalt hat noch außerdem den Betrag von 2.10 Mark zuzahlen müssen, so daß eine einfache Bombierung 12 Mark kostet.

Das sind die Tatsachen, wie sie in Oels liegen. Das schließt natürlich nicht aus, daß sie in allen 1002 Strafanstalten in Preußen nicht anders oder ähnlich sind. Das Elend und die ungeheure Not in den Kommissen der Eingefangenen ist unaussprechlich. Noch immer steigt die Zahl derer, die die „Anwartschaft“ für einen Platz in den Gefängnissen und Zuchthäusern haben, dies nicht zu allerletzt als die Folge der unehorht weiteren Verschlechterung der Lebenslage der Verhafteten.

Diese Tatsachen aber hindern die SPD-Führer nicht, vom „humanen“ Strafvollzug in Severing-Preußen und Deutschland zu sprechen.

Die revolutionäre Arbeiterschaft wird im Kampf Klasse gegen Klasse nicht eher ruhen, bis das kapitalistische System mit seinen Zwingsburgen gestürzt ist. Den Beweis ihres Kampfwillens werden die Arbeiter erneut am 24. April zur Preußenwahl erbringen, indem sie die Kandidaten der Kommunistischen Partei, Liste 4, wählen. Wir werden auch immer und immer wieder die Mißstände, unter welchen die Arbeiterschaft zu leiden hat, aufzeigen, und damit die Arbeiterschaft an ihre Pflicht erinnern. Die Klassenbewußte Arbeiterschaft hat sich in der roten Hilfe ein Klassenkampforigan geschaffen. Die Arbeiter müssen in den Reihen der roten Hilfe den Kampf für die Opfer des kapitalistischen Terrors und für die Freilassung der proletarischen politischen Gefangenen und all die Opfer des kapitalistischen Profit-systems führen.

Nicht vergessen

zu jeder Mahlzeit
Christ-Brot essen

Montag früh verschied nach langen, schwerem Leiden unsere Mutter, Herrin
Frau Marie Mergner
geb. Matzner
im Alter von 57 Jahren
Ein ehrendes Andenken bewahren ihr
Der Wirt
und die Mieter des Hauses
Laurentiusstr. 25
Die Einäscherung findet Freitag, 15. April, vormittags 11 Uhr, vom Krematorium Gräbschen aus statt

Nach längerem Leiden verstarb am 12. April unsere Genossin
Marie Mergner
Laurentiusstraße 25
Ein dauerndes Andenken bewahrt ihr die
Kampfgemeinschaft prolet. Freidenker Ortsgruppe Breslau
Die Einäscherung findet Freitag, 15. April, vormittags 11 Uhr, vom Krematorium Gräbschen aus statt

Nach längerem Leiden verstarb am 13. April unsere Genossin
Maria Opens
Elbischstraße 2. Genossin Opens war eine der besten unserer Genossinnen und stand mit in vorderer Reihe. Ein dauerndes Andenken bewahrt ihr die
Kampfgemeinschaft prolet. Freidenker Ortsgruppe Breslau.
Die Einäscherung findet Freitag, den 15. April, vormittags 9 Uhr, im Krematorium Gräbschen statt

Am 13. April verstarb nach sehr schwerem Leiden meine liebe Frau unsere liebe Mutter, Tochter und Schwester
Maria Opens
geb. Klent
Im Namen der Hinterbliebenen
Artur Opens und Kinder
Die Einäscherung findet Freitag, den 15. April, vormittags 9 Uhr, im Krematorium Gräbschen statt

Wir kauften wieder einmal
1 Waggon
ganz billige
Emaillé
besonders gut ausfallend, mit kleinen Fehlern

Emaillé-Maschinentöpfe	10	12	14	16	18 cm
	22	28	39	49	64
Emaillé-Schmortöpfe	16	18	20 cm		
	39	44	49		

Emaillé-Milchkannen 2 Liter . . . Stück 58
Emaillé-Kaffeekannen 1 1/2 Liter . . . Stück 48
Emaillé-Salzmestern Stück 46
Emaillé-Kaffeeflaschen mit Verschluss Stück 29
Emaillé-Taschenkrüge 1 Liter, mit Gummiring Stück 44
Emaillé-Kinderteller weiß, tief Stück 16
Emaillé-Leuchter Stück 13
Emaillé-Schöpfkellen grau Stück 8
Emaillé-Waschbecken 34 cm Stück 49
Emaillé-Seifnapfe für den Ausguß, Stück 13
Emaillé-Küchenschüsseln tief 34 cm Stück 68
Emaillé-Milchtöpfe mit Ausguß 1 1/2 Liter Stück 45
Emaillé-Wassereimer grau 28 cm, Stück 45
Emaillé-Waschtöpfe 26 cm, Stück 28 cm

Stück 145 195

Messow

G.m.b.H.
Schmiedebucke

Waldschmidt

Diänderversteigerung
Berliner Platz 2
am Donnerstag, den 21. April 1932
und Freitag, den 22. April 1932
vormittags 9 Uhr
Rote Scheine bis Nr. 30 000
Bietungsfantion Rm. 10.—
Geminnützige Pfandleihhaus der Stadt
Breslau, G. m. b. H.
Schubert

Inserate
haben in
unserer Zeitung
guten
Erfolg